

Eine starke Bewegung für soziale Gerechtigkeit

Massenerwerbslosigkeit, Ausbildungskrise, leere öffentliche Kassen, Gefährdung der gesellschaftlichen Infrastrukturen – Deutschland befindet sich in einer tiefen Krise.

Mutige Reformen sind jetzt gefragt. Reformen, die für mehr Arbeitsplätze sorgen und die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen.

Bündnis Soziale Bewegung NRW

Wir sind dabei

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS)

Arbeiterwohlfahrt (AWO) Niederrhein

Arbeitsloseninitiative Düsseldorf

AStA der FernUni Hagen

attac

Bündnis für Soziale Gerechtigkeit

Die Stadtgrünen Dortmund

Evangelische Arbeitnehmerbewegung (EAB) NRW

W. Haas, Vorsitzender des DGB-Bezirks NRW

Gewerkschaft der Polizei (GdP) NRW

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) NRW

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)

Diözesanverband Köln

Info- und Beratungsstelle für

Arbeitsloseneinrichtungen in der EKvW

Koordinationsstelle gewerkschaftlicher

Arbeitsloseninitiativen

Naturfreundejugend (NFJ) NRW

Ruhrgebiets-AG Soziale Grundrechte

P. Saatkamp, Vors. der Nationalen Armutskonferenz

Soziale Grundrechte Bochum

Sozialverband Deutschland (SoVD) NRW

Sozialverband VdK (VdK) NRW

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) NRW

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der

Antifaschisten (VVN/BdA) NRW

Stand: August 2003

Wer wir sind

Grundlage der Zusammenarbeit im Bündnis ist die am 20. Mai 2003 von der ver.di-Landesbezirkskonferenz verabschiedete »Castroper Erklärung«. Damit wurde zugleich der Startschuss für das Bündnis Soziale Bewegung gegeben. In der Zwischenzeit hat sich eine ganze Reihe von Organisationen und Persönlichkeiten diesem Bündnis angeschlossen. Die unterschiedlichen Partnerorganisationen verbindet die gemeinsame Überzeugung: gerade im 21. Jahrhundert ist Sozialstaat nötig und möglich.

Eine Soziale Bewegung

lebt vom freiwilligen Engagement vieler Menschen vor Ort – in der Gemeinde, im Wohnviertel, am Arbeitsplatz. Deshalb ist unser vorrangiges Ziel, zunächst die Bildung eines Netzwerks lokaler Bündnis-Initiativen zu ermutigen und zu unterstützen. Unsere Bestrebungen brauchen einen langen Atem. Im »Kampf um die Köpfe« werden wir nicht kurzfristig erfolgreich sein – das Bündnis Soziale Bewegung ist deshalb auf eine mittelfristige Perspektive angelegt. Uns geht es vor allem um die schrittweise Formierung und Erstarkeung einer Sozialen Bewegung

Was uns die Bundesregierung beispielsweise mit Agenda 2010, Hartz-Gesetzen, Gesundheitsreform und Rentendebatte als »Reform«-Politik präsentiert, sind Leistungskürzungen, massiver Druck auf Erwerbslose, Privatisierung von Risiken und Umverteilung der Lasten von oben nach unten. Gleichzeitig will die Landespolitik in NRW mit dem »Düsseldorfer Signal« längere Arbeitszeiten bei weniger Einkommen und die Streichung tausender Stellen durchsetzen.

Regierung und Opposition wetteifern um die radikalsten Vorschläge. Sie behaupten: Ohne diese »Reformen« drohe der wirtschaftliche Kollaps. Nur wenn die Arbeit billiger werde, könne die Erwerbslosigkeit abgebaut werden. Nur tiefe Einschnitte könnten die sozialen Sicherungssysteme retten. Wer anderer Meinung ist, wird als Neinsager oder Blockierer abgestempelt.

Wir stellen fest

Was uns vollmundig als »Reform« verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als blanker Sozialabbau. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert die Agenda 2010 als den massivsten sozialpolitischen Kahlschlag seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Formel »weniger Sozialstaat = mehr Beschäftigung« geht nicht auf! Was die Wirtschaft ankurbeln soll, bewirkt in Wahrheit eine weitere Schwächung der Konjunktur.

Wir wollen nicht

tatenlos zusehen, wie der Sozialstaat kaputt gemacht wird, wie das Solidarprinzip in unserer Gesellschaft vom Konkurrenzprinzip verdrängt wird. Wir widersprechen der Behauptung, dass diese Politik »alternativlos« sei. Es steht viel auf dem Spiel – es geht um unsere Zukunft!

Wir streiten für

- den Sozialstaat und für eine solidarische Gesellschaft
- eine sozial orientierte Reformpolitik
- eine Bewegung bürgerschaftlichen Engagements, die soziale Reformalternativen wieder auf die Tagesordnung bringt.

Wir stellen diese Forderungen für Nordrhein-Westfalen genauso wie für Deutschland.

Sozialstaat ist nötig

Weil sonst die großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Armut die Einzelnen rasch erdrücken. Weil soziale Perspektivlosigkeit und Verzweiflung schließlich auch die Demokratie und den sozialen Frieden gefährden.

Sozialstaat ist möglich

Indem endlich ernst gemacht wird mit dem Verfassungsgrundsatz von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, so dass die starken Schultern die Lasten der Schwachen mittragen. Unser Problem ist nicht ein Mangel an Reichtum, sondern die falsche Verteilung.

Sozialstaat ist modern

Weil nur mit Verteilungsgerechtigkeit und solidarischer Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken die Menschen-, Grund- und Bürgerrechte im Alltag eines und einer Jeden Geltung haben können. Solidarität ist modern, weil die Gesellschaft nur so auf Dauer (über-) lebensfähig ist.

Sozialstaat ist Verfassungsauftrag

Die Bundesrepublik ist nach dem Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Dies bedeutet, dass der Inhalt der Gesetzgebung und die Auslegung von Gesetzen sich am sozialstaatlichen Auftrag des Grundgesetzes zu orientieren haben.

Aus dem Grundgesetz:

Art. 14 (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Art. 20 (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Aus der Landesverfassung:

Art. 24 (1) Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.

Es steht viel auf dem Spiel

- Es geht darum, in was für einer Gesellschaft wir künftig leben wollen: in einer mit sozialem Zusammenhalt und Lebensqualität für alle – oder in einer Gesellschaft nach US-amerikanischem Muster mit großer sozialer Ungleichheit.
- Junge gegen Alte, Beschäftigte gegen Erwerbslose, Gesunde gegen Kranke, Deutsche gegen Ausländer, Stärkere gegen Schwächere – gemeinsam wehren wir uns dagegen, gespalten in die Ellenbogengesellschaft getrieben zu werden.

Wir brauchen mutige Reformen

- Wir können den Sozialstaat nicht erhalten, indem wir alles lassen, wie es ist. Ein Vierteljahrhundert wachsender Massenerwerbslosigkeit hat seine finanziellen Fundamente untergraben. Leistungsverfälschungen bei steigenden Kosten für die Masse der Bevölkerung lassen die Akzeptanz schwinden.
- Die mutigen Reformen, die wir brauchen, müssen deshalb vor allem die Finanzbasis des Sozialstaats stärken und seine Leistungsfähigkeit den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen entsprechend weiterentwickeln.
- Die paritätische Finanzierung unserer Sozialversicherung darf nicht weiter zu Lasten der Versicherten abgebaut werden, sondern sie muss weiterhin die Finanzierungsgrundlage bleiben.
- Die wirtschaftlich Stärkeren in unserer Gesellschaft, insbesondere die Vermögenden und die großen Kapitalgesellschaften, müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit angemessen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen.

Alternativen sind möglich

Deutschland ist ein reiches Land. Der öffentlichen Armut steht ein riesiger privater Reichtum gegenüber. Dieser Reichtum ist aber sehr ungleich verteilt. So ist trotz Wirtschaftskrise die Anzahl der Millionäre im letzten Jahr noch einmal um 25.000 gestiegen.

In der öffentlichen Diskussion wird der Eindruck vermittelt, die derzeitige Politik von Regierung und Opposition sei ohne Alternative. Das ist falsch. Allein durch die Reform der Körperschaftsteuer fehlen seit 2001 insgesamt über 40 Milliarden Euro in den öffentlichen Haushalten. Der Staat muss zur Erledigung seiner Aufgaben und zur Sicherung seines grundgesetzlich verankerten Auftrages die dafür erforderlichen Mittel erhalten.

Notwendig ist eine Steuerreform, die sich am Maßstab der sozialen Gerechtigkeit orientiert und diejenigen, die viel haben, stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt.

Forderungen für eine solidarische Gesellschaft

- Vorrang des Solidarprinzips vor dem Konkurrenzprinzip
- Anwendung des Verfassungsgrundsatzes der Sozialpflichtigkeit des Eigentums in der Steuer- und Abgabepolitik und gerechte Belastungen nach Einkommen und Vermögen
- Erwerbslosigkeit abbauen: Zukunftsinvestitionen – Massenkauftkraft stärken – familien-gerechte Arbeitszeiten
- Ausbildung für alle: durch Umlagefinanzierung jetzt
- Wirksame Sicherung bei Erwerbslosigkeit statt Rutschbahn in die Armut
- Solidarische Absicherung → einer den Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente → einer patientengerechten Gesundheitsversorgung → einer menschenwürdigen Pflege
- Soziales Grundrecht auf wirk-samen Schutz vor Armut
- Gebühren- und barrierefreies Bildungswesen
- Europaweite Sozialstaatsstandards
- Regulierung globaler Finanzmärkte

Bündnis Soziale Bewegung NRW

Impressum: Bündnis Soziale Bewegung NRW, Hartmut Limbeck (Hrsg.)

Adresse: Karlstraße 123-127, 40210 Düsseldorf • Telefon: 02 11.6 18 24-208

Redaktion: Jürgen Glaubitz • Gestaltung: werkzwei, Bielefeld

Produktion: Abteilung Kommunikation, Redaktion, Uwe Reepen (V. i. S. d. P.)

Druck: Druckerei Paniczek, Krefeld